

Information über zurückgewiesene Autos und Züge an der Grenze zur Bundesrepublik

Auf das Reaktorunglück in Tschernobyl reagierte die Bundesrepublik Deutschland mit Messung nuklearer Strahlung an der Grenze. Fahrzeuge und Züge, deren Belastung festgesetzte Grenzwerte überschritt, durften nicht passieren.

Der Super-GAU im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986 war der bis dahin schwerste nukleare Unfall bei der zivilen Nutzung der Kernkraft. Die Folgen des Unglücks waren beispiellos. Die unkontrolliert entwichene Radioaktivität war immens, kannte weder Landes- noch Kontinentalgrenzen und ihre Langzeitfolgen halten bis heute an.

Wie der SED-Staat insgesamt sah sich das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) durch Tschernobyl zahlreichen Herausforderungen ausgesetzt. Unmittelbar musste der politische und ideologische Schaden für die SED-Diktatur begrenzt werden. Das Credo "Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen" wirkte nach dem Reaktorunglück hohl. Mit dem Unfall entstand über Nacht zudem eine neue sicherheitspolitische Herausforderung. Die ostdeutsche Anti-Kernkraftwerks-Bewegung, die in Opposition zu der Kernenergiepolitik, der Umweltpolitik und der Informationspolitik der SED-Partei- und DDR-Staatsführung stand, musste nun konsequent bekämpft werden.

Auch die Wirtschaft der DDR war von Schaden bedroht: Die Bundesrepublik Deutschland, ein wichtiger Abnehmer für Lebensmittel ostdeutscher Produktion, ließ aus Angst vor verstrahlter Ware Lieferungen nicht mehr ohne weiteres über die Grenze. Schon kurz nach Bekanntwerden des Unglücks beschloss die Bundesrepublik Grenzwerte für die radioaktive Belastung einreisender Fahrzeuge. PKW, LKW und Schienenfahrzeuge, bei denen höhere Belastungen gemessen wurden, durften die Grenze nicht passieren. Das erschwerte den ohnehin schon belasteten Außenhandel der DDR noch weiter – die Stasi sah sich gezwungen, aktiv zu werden.

Innerhalb kürzester Zeit wurden unmittelbar vor der Grenze Kontrollpunkte eingerichtet, an denen die Strahlenbelastung der Fahrzeuge auf dem Weg in die Bundesrepublik gemessen wurde. Wenn nötig wurden die Fahrzeuge dekontaminiert, also eilig gewaschen. Daran beteiligten sich auch Offiziere der Staatssicherheit. Das großangelegte Waschprogramm hatte unkontrollierte Folgen für die Umwelt der DDR. Eine sachgerechte Entsorgung der verstrahlten Abwässer fand oftmals nicht statt, sie flossen ohne weitere Behandlung ab. An den eingerichteten Waschplätzen dokumentierte die Geheimpolizei noch Jahre später deutlich erhöhte Strahlenwerte.

Signatur: BArch, MfS, Abt. BCD, Nr. 587, Bl. 60-65

Metadaten

Datum: 14.5.1986

Information über zurückgewiesene Autos und Züge an der Grenze zur Bundesrepublik

Hauptabteilung XIX

Berlin, 14. Mai 1986

BSTU
0060

I n f o r m a t i o n

Über das willkürliche Vorgehen der BRD-Behörden bei der Zurückweisung von Straßenfahrzeugen und Eisenbahngüterwagen an den Grenzübergängen der DDR zur BRD und die durch das Ministerium für Staatssicherheit eingeleiteten Maßnahmen zur Schadensabwendung

Im Zusammenhang mit der Havarie im Kernkraftwerk Tschernobyl setzen die BRD-Behörden seit dem 01. Mai 1986 fortgesetzt willkürliche und auf die Behinderung des grenzüberschreitenden Transitverkehrs mit der DDR und den sozialistischen Ländern ausgerichtete Maßnahmen durch. An den Straßengrenzübergangsstellen zur BRD wurden bisher

260 LKW sowie
50 PKW

aus den sozialistischen Ländern zeitweilig vom Transitverkehr ausgeschlossen und in die DDR zurückgewiesen. Die Zurückweisungen der Fahrzeuge, insbesondere der LKW, erfolgte teilweise in schikanöser, provozierender Art und Weise und im Wiederholungsfall - trotz Realisierung festgelegter Maßnahmen zur Entaktivierung - mehrfach. An den Grenzübergangsstellen der Eisenbahn beläuft sich die Zurückweisung auf

60 Güterwagen

Information über zurückgewiesene Autos und Züge an der Grenze zur Bundesrepublik

BSTU
0061

2

des durchgehenden Transitverkehrs mit Schwerpunkt Ladegut aus der Sowjetunion.

Als Begründung wird die Überschreitung der in der BRD festgelegten Grenzwerte für Radioaktivität angegeben. Eigens zu diesem Zweck wurde an den Grenzkontrollstellen der BRD der gegnerische Kräfteinsatz durch Spezialtruppe und Strahlenmeßtechnik verstärkt und an Schwerpunkten durchgängig zum Einsatz gebracht.

Zur Gewährleistung einer ständigen Lageeinschätzung und Beherrschung der eingetretenen Situation wurden in Zusammenarbeit mit dem Bereich Chemischer Dienst des Ministeriums für Staatssicherheit, der Hauptabteilung VI und der Hauptabteilung XIX unverzüglich wirksame Maßnahmen zur Verhinderung bzw. Minimierung negativer, ökonomischer und politischer Folgen eingeleitet.

Aus der gegebenen Lage heraus erfolgte die Mobilisierung und der unmittelbare Einsatz von Kräften des Chemischen Dienstes des Ministeriums für Staatssicherheit im Bereich der Grenzübergangsstellen zur BRD, um zurückgewiesene Fahrzeuge auf Radioaktivität zu messen und erforderliche Maßnahmen der Entaktivierung einzuleiten. Im engen Zusammenwirken mit den zentralen und territorialen Leitungsorganen des Verkehrswesens wurden in ausgewählten Kraftverkehrsbetrieben Sofortmaßnahmen zur Säuberung und Entaktivierung durchgesetzt.

Über den Minister für Verkehrswesen wurde dazu veranlaßt, daß kurzfristig die notwendigen materiellen und personellen Bedingungen geschaffen wurden.

Es kann eingeschätzt werden, daß das Zusammenwirken mit den zentralen und örtlichen Leitungsorganen des Kraftverkehrs und der Eisenbahn jederzeit den Erfordernissen entsprach und die notwendigen Gegenmaßnahmen schnell wirksam wurden. Damit konnte gesichert werden, daß trotz der beachtlichen Behinderungen der

Information über zurückgewiesene Autos und Züge an der Grenze zur Bundesrepublik

BSTU
0062 3

grenzüberschreitende Verkehr im wesentlichen reibungslos verläuft.

Zur Kontrolle und Unterstützung der festgelegten Maßnahmen befinden sich seit dem 01. Mai 1986 ständig ca. 150 Kräfte des Bereiches Chemischer Dienst des Ministeriums für Staatssicherheit vor Ort im Einsatz, welche bisher einen wesentlichen Beitrag zur Lösung der gestellten Aufgaben leisteten. Durch diese Kräfte wurden bisher insgesamt an der Grenze zur BRD 3 900 Kfz. gemessen und davon 960 behandelt und im Grenzeingang von der VR Polen bzw. CSSR 8 100 Kfz. gemessen und davon 150 behandelt.

Durch den Minister für Verkehrswesen wurden in Abstimmung mit dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten die Leiter der Verkehrspolitischen Abteilungen an den Botschaften der DDR in der VR Polen und der CSSR sowie anderer sozialistischer Staaten informiert, um über die zuständigen Ministerien dieser Länder das Vorgehen der DDR durch analoge Maßnahmen bereits auf ihrem Territorium zu unterstützen. Im Falle festgestellter überhöhter Radioaktivität wurde festgelegt, Straßenfahrzeuge und Güterwagen - mit Ausnahme die aus dem Versandgebiet der UdSSR - zurückzuweisen.

Die Aktivitäten seitens der DDR wurden durch Entaktivierungseinheiten der GSSD an der Staatsgrenze Ost (Straße und Eisenbahn) wirksam unterstützt. Dadurch ging seit dem 09. Mai 1986 die Zahl der Zurückweisungen von Kraftfahrzeugen an der Ost- und Westgrenze der DDR zurück.

Zu einem Zeitpunkt, als sich auf Grund der verstärkten gegnerischen Aktivitäten die Zurückweisungen von Kraftfahrzeugen erhöhte und sich die Lage durch Ausdehnung des willkürlichen Vorgehens der BRD auf den Eisenbahngüterverkehr entsprechend einem Fernschreiben der Deutschen Bundesbahn vom 07. Mai 1986 zuspitzte, wurden in Zusammenarbeit zwischen den vorgenannten Dienstseinheiten des Ministeriums für Staatssicherheit und dem Ministerium für Verkehrswesen Vorschläge unterbreitet, die durch angewiesene Maßnahmen des Genossen Minister mit hoher Wirksamkeit durchgesetzt wurden.

Information über zurückgewiesene Autos und Züge an der Grenze zur Bundesrepublik

BSTU
0063 4

Im Ergebnis der zentralen Beschlußfassung wurden weitere vorbeugende Gegenmaßnahmen an Schwerpunkten des Grenzeinganges im Eisenbahngüterverkehr an den Grenzen der DDR zur VR Polen und CSSR sowie zum Fährverkehr ab 06. Mai 1986 wirksam.

In Abstimmung mit dem Ministerium für Nationale Verteidigung kamen Spezialeinheiten der Nationalen Volksarmee und GSSD zum Einsatz.

Die politisch motivierte Zweckbestimmung, die Willkürlichkeit und die vordergründig gegen die Sowjetunion gerichteten feindseeligen Aktivitäten unter Mißbrauch des grenzüberschreitenden Straßen- und Eisenbahngüterverkehr werden insbesondere durch folgende Tatsachen hervorgehoben:

Die Kontrollmaßnahmen auf Radioaktivität erfolgen nicht lückenlos an allen Grenzkontrollstellen der BRD.

So wurden im bayrischen Raum an der Grenzkontrollstelle Rudolphstein und im norddeutschen Gebiet an der Grenzkontrollstelle Lübeck-Schlutup (Straße) sowie im Eisenbahnverkehr an dem Grenzübergang Herrnburg/Lübeck bisher keine Zurückweisungen vorgenommen bzw. gegnerische Aktivitäten registriert.

Am 07. Mai 1986 wurde das Ministerium für Verkehrswesen und weitere 18 europäische Bahnverwaltungen durch ein dringendes Fernschreiben der Deutschen Bundesbahn, Zentralstelle Mainz, davon unterrichtet, daß wegen des Verdachts radioaktiver Verunreinigung von Schienenfahrzeugen Annahmeverweigerungen erfolgen.

Die angekündigten Maßnahmen beziehen sich auf alle Güterwagen aus den Versandgebieten der sozialistischen Staatengemeinschaft sowie der übrigen Länder, die Empfänger des Fernschreibens sind. Vom Empfang des Fernschreibens wurde die Sowjetische Staatsbahn offenbar vorsätzlich ausgeschlossen und damit über diese Einschränkungen im Transitverkehr im unklaren gelassen, obwohl das Versandgebiet UdSSR voll in die Annahmesperre einbezogen wurde.

Information über zurückgewiesene Autos und Züge an der Grenze zur Bundesrepublik

BSTU 5
0064

Infolge des Fernschreibens wurden jedoch bis zum Zeitpunkt keine verschärfenden Kontrollen der BRD festgestellt.

Die willkürlichen Maßnahmen der BRD zur Zurückweisung erfolgten im Eisenbahngüterverkehr zu einem wesentlich späteren Zeitpunkt als im Kraftverkehr.

Der Reisezugverkehr sowie die Binnenschifffahrt wurden davon gänzlich ausgeschlossen.

Durch die getroffenen Festlegungen und realisierten Maßnahmen der Zusammenarbeit innerhalb des Ministeriums für Staatssicherheit sowie mit den Partnern des Zusammenwirkens konnte dazu beigetragen werden, den willkürlichen Handlungen seitens der BRD in geeigneter Form entgegenzuwirken und die dadurch eintretenden Verluste für die Volkswirtschaften der DDR und der anderen sozialistischen Länder auf ein Mindestmaß zu reduzieren.

Die gegenwärtige Lage zeigt weiterhin eine rückläufige Tendenz bei den Zurückweisungen von Fahrzeugen im grenzüberschreitenden Verkehr mit der DDR.

Information über zurückgewiesene Autos und Züge an der Grenze zur Bundesrepublik

Berlin, 14. 5. 1986

BSTU
0065

Entaktivierung Kfz SU fließt in Seuchenwanne an PKE

Abfluß über eine Wiese in einen Bach, der in die Oder führt.

Durch Wasserwirtschaft wurden aufgrund von Eingaben aus der Bevölkerung Messungen durchgeführt.

Messungen durch Kräfte der BV Frankfurt/Oder ergaben mit Stand 14.10 Uhr folgende Werte:

Seuchenwanne	0,05 mR/h
Auslauf	0,08 mR/h

30 cm vom Auslauf in der Schlammschicht	0,6 mR/h
---	----------

5 m Entfernung	0,35 mR/h
10 m Entfernung	0,07 mR/h
15 m Entfernung	0,04 mR/h

Bodenproben:

5 m Entfernung von Seuchenwanne,	30 cm tief	0,35 mR/h
	50 cm tief	0,09 mR/h

10 m Entfernung	30 cm tief	0,04 mR/h
15 m Entfernung	30 cm tief	0,03 mR/h

am Bach:

0,02 mR/h

100 m am Bach entlang am Wehr:

0,015 mR/h

Die Information wurde von Oltn. Rothe, Stellv. Leiter SR BCD Frankfurt/Oder an Lt. Vorweg übermittelt.